

Dringlichkeitsantrag

Uploadfilter verhindern!

Der 53. Niedersachsntag der Jungen Union Niedersachsen möge beschließen:

Die Junge Union Niedersachsen fordert alle niedersächsischen CDU-Bundestagsabgeordneten, die Landtagsabgeordneten, die niedersächsischen CDU-Minister sowie alle Mitglieder des Landesvorstands und die niedersächsischen Vertreter im Bundesvorstand dazu auf, Uploadfilter bei der Umsetzung der Richtlinie zu EU-Urheberrechtsreform zu verhindern. Die JU Niedersachsen fordert, dass die Richtlinie in Deutschland in größtmöglichem Einvernehmen mit der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit umgesetzt wird. Wir sehen den von Paul Ziemiak initiierte Kompromissvorschlag als gute Arbeitsgrundlage an, der als Basis für diese nationale Lösung und somit gegebenenfalls auch zum Vorbild für andere europäische Staaten fungieren kann.

Begründung:

Das EU-Parlament hat am Dienstag der vergangenen Woche die EU-Urheberrechtsreform mit seinem Art. 13 (jetzt Artikel 17), der seit Wochen diskutiert wird und mehr als umstritten ist, verabschiedet.

Nicht nur, dass die CDU-Abgeordneten sämtliche Kritik nicht beachtet haben und durch öffentliche Äußerungen das Ansehen der CDU nachhaltig beschädigt haben, die Sorge vor sogenannten Uploadfiltern ist vor allem in der jungen Generation derzeit allgegenwärtig. Die Petition auf change.org gegen die Urheberrechtsreform war (und ist) mit über 5 Millionen Unterschriften die erfolgreichste aller Zeiten. Umso schlimmer, mit welchen Aussagen einige CDU-Abgeordnete öffentlich negativ aufgetreten sind und damit eindeutig gezeigt haben, dass sie das Problem überhaupt nicht erfasst haben. Wir als junge Generation müssen aber diesen Unsinn ausbaden – nicht nur als Nachwuchspolitiker, die zeigen müssen, dass die CDU weiterhin wählbar ist, sondern auch als Menschen, für die Digitalisierung und Meinungsäußerung im Netz zum Alltag gehört.

Dabei hat sich die Junge Union immer gegen die Uploadfilter ausgesprochen – auch unser Bundesvorsitzender Tilman Kuban hat eine starke Kampagne ins Leben gerufen!

Uploadfilter gefährden die Meinungsfreiheit im Netz! Durch sie werden Inhalte vor dem Hochladen auf Urheberrechte gescannt. Urheberrechtsrelevante Inhalte können dann nicht hochgeladen werden bzw. werden umgehend gelöscht. Dies kann unter anderem dazu führen, dass Plattformen, die Content für andere Nutzer zur Verfügung stellen, zum reflexhaften Löschen von Inhalten aus Sorge vor Haftungsansprüchen greifen werden (Overblocking). Auch wenn Beschwerden gegen Löschungen möglich sind, würden diese vermutlich bis zu einigen Wochen dauern. Beispielsweise sehen bestehende Systeme bei Youtube und vergleichbaren Plattformen bereits jetzt bei Urheberrechtsansprüchen – unabhängig von der Validität des Anspruches – eine Karenzzeit von mehreren Wochen vor. Dies wird bereits heute unter anderem neben validen Ansprüchen auch für das Blockieren unliebsamer Meinungen (z.B. bei Filmgesprächen) missbraucht. Es ist davon auszugehen, dass hier eine weitere Verschärfung dieses Verhaltens zu erwarten wäre. Mit dem Filtern beim Upload würde bis zur Klärung der Ansprüche ggf. wochen vergehen, bevor das Video oder der Inhalt überhaupt zugänglich gemacht werden kann. Dies ist in unserem schnelllebigen Internet

eindeutig zu lange und würde es ermöglichen, unliebsame Meinungen zunächst auszuschalten.

Mit unserem Antrag fordern wir mit Nachdruck die Umsetzung bzw. die Einhaltung des Koalitionsvertrages, der vorsieht, dass Uploadfilter verhindert werden müssen. Da dies auf europäischer Ebene leider nicht mehr möglich ist, muss aber zumindest der Nationalstaat handeln.

Der Charakter dieses Antrags als Dringlichkeitsantrag ergibt sich daraus, dass die EU-Urheberrechtsreform erst diese Woche verabschiedet wurde und somit zum Zeitpunkt des Antragsschlusses nicht absehbar war, dass er gestellt werden muss.